

Mündliche Frage von Herrn Braun an Herrn Minister Paasch zu Sammelkäufen

Behandelt in der Plenarsitzung vom 24. September 2012

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir kommen zur Frage von Herrn Braun an Herrn Minister Paasch zu Sammelkäufen. Herr Braun hat das Wort.

HERR BRAUN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der im Dezember 2011 stattfindenden Haushaltsdebatten unterstrich ich die in meinen Augen sinnvolle Praktik von Sammelkäufen für Lehrer, die es denselben erlauben würden, ihr Arbeitsmaterial zu günstigeren Konditionen anzuschaffen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der von der Mehrheit beschlossenen Gehaltskürzungen im Rahmen des Krisendekrets käme dieses Angebot sehr gelegen. Leider ist den Lehrern im Vorfeld des soeben begonnenen Schuljahres immer noch kein solches Angebot unterbreitet worden.

Ähnlich sinnvoll könnte auch die Einrichtung von Sammelkäufen für den Schulbedarf der Schülerinnen und Schüler sein. Dies würde die hohen Kosten verringern, die – wie wir soeben gehört haben – den Eltern zu Beginn des Schuljahres entstehen.

Deshalb meine Fragen an Sie, Herr Minister: Wie weit sind die Vorbereitungen zur Unterbreitung eines Angebots von Sammelkäufen für Lehrer fortgeschritten? Wird den Lehrern vor dem Schuljahr 2013-2014 ein solches Angebot vorliegen? Gibt es Überlegungen, den Eltern ein Angebot für einen Sammelkauf zu unterbreiten? Wenn ja, wie weit sind die diesbezüglichen Überlegungen fortgeschritten?

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Braun, ich habe hier schon sehr oft gesagt, dass der Begriff „Gehaltskürzungen“ sehr relativ ist. Wir haben keine Gehaltskürzung vorgenommen, sondern eine Baremenkürzung, und das wird am 1. Januar 2013 sehr deutlich werden, denn dann tritt die erste Phase der von Ihnen erwähnten Kürzung in Kraft. Gleichzeitig – das können alle Beschäftigten im Unterrichtswesen nachprüfen – steigen dann die Gehälter nominal um 1 %.

HERR BRAUN (*aus dem Saal*): Das war nicht meine Frage!

HERR PAASCH, Minister (*vom Rednerpult*): So relativ ist der Begriff „Gehaltskürzung“.

Nun komme ich aber zu Ihrer Frage. Es stimmt, dass die Sozialpartner, also die Regierung und die Gewerkschaften, im Sektorenabkommen 2010-2012 vereinbart haben, den Versuch zu unternehmen, für die Personalmitglieder im Unterrichtswesen eine Verbrauchergemeinschaft aufzubauen. Ziel ist die Erlangung von Preisnachlässen und die Organisation von Sammelbestellungen im berufsbezogenen Fachhandel, beispielsweise im Informatik-, im Buch- oder auch im Bürofachhandel.

Die Idee der Bildung einer Verbrauchergemeinschaft ist insofern innovativ und interessant, als sie zu einer finanziellen Entlastung der Personalmitglieder führt, ohne dass diese den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft belasten würde. Wie Sie sich vorstellen können, ist die praktische Umsetzung dieser innovativen Idee jedoch komplex und vielschichtig. Aus diesem Grund habe ich im letzten Schuljahr eine Arbeitsgruppe (*Task Force*) eingesetzt und damit beauftragt, zunächst einmal verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten zu analysieren – in den beiden anderen Gemeinschaften haben wir ja keine entsprechenden Vorbilder – und dann einen Vorschlag mit konkreten Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Die Ergebnisse dieser Überlegungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Organisation von Sammelbestellungen durch das Ministerium wäre mit einem großen logistischen Aufwand verbunden. Zunächst müsste man nämlich bei den einzelnen Personalmitgliedern den realen Bedarf ermitteln und diesen immer wieder aktualisieren. Es müssten präzise Bestellungen formuliert werden, zum Beispiel, wie viele Computer welcher Art und Leistungsstärke bestellt werden sollen. Da gibt es ja unterschiedliche Vorstellungen. Wir müssten auch regelmäßig sehr viele öffentliche Ausschreibungen durchführen. All dies und vieles mehr würde zweifelsohne bedeutende Personalressourcen beanspruchen, sodass sich zwangsläufig die Kosten-Nutzen-Frage stellt.

Aus diesem Grund sind wir jedenfalls vorläufig und intern zu dem Schluss gelangt, dass Preisnachlässe für Lehrpersonen eher über Vereinbarungen mit möglichst vielen Geschäften und gegebenenfalls auch Veranstaltern erwirkt werden können. Wir denken hier an das Modell einer Lehrerkarte für jedes Personalmitglied, mit der man dann im Fachhandel und bei bestimmten Veranstaltungen wie Theater, Kino usw. Preisnachlässe erhalten könnte. Ein solches Modell könnte analog zu dem bereits im Jugendbereich bestehenden System der Jugendkarte funktionieren. Das setzt natürlich voraus, dass möglichst viele Partner für diese Aktion gewonnen werden. Deshalb werden wir Gespräche mit Händlervereinigungen, Veranstaltern usw. führen. Damit haben wir bereits begonnen, werden sie jedoch noch weiter vertiefen.

Ich hoffe, dass es uns gelingt, ein möglichst attraktives Angebot für unser Lehrpersonal zu schnüren. Sie werden mir jedoch sicherlich zustimmen, dass auch diese Vorarbeit – dabei denke ich nicht nur an die Verhandlungen mit potenziellen Geschäftspartnern – ziemlich aufwendig ist. Auch in diesem Fall muss das Angebot zusammengestellt und danach ständig aktualisiert werden. Außerdem muss ein funktionierendes Kartensystem aufgebaut werden, was bei der beachtlichen Fluktuationsrate im Unterrichtswesen nicht einfach ist. Trotzdem werde ich mich dafür einsetzen, dass den Personalmitgliedern im Unterrichtswesen ein solches Angebot ermöglicht wird.

Voraussichtlich werden wir schon in Kürze eine Person über einen befristeten Honorarvertrag mit der konkreten Umsetzung dieses Vorhabens betrauen können. Entsprechende Verhandlungen haben bereits stattgefunden.

Herr Braun, nachdem ich Ihre ersten beiden Fragen hoffentlich zufriedenstellend beantwortet habe, wende ich mich nunmehr Ihrer dritten und letzten Frage nach einem Angebot für Schüler und Eltern zu. Eine solche Überlegung geht natürlich weit über die soeben erwähnte Vereinbarung im Sektorenabkommen hinaus. Nichtsdestotrotz stehe ich auch dieser Idee positiv gegenüber, wenn sie zu einer Verminderung des Kostendrucks im Bildungswesen führen kann. Ich werde also prüfen, inwiefern und inwieweit wir das geplante Angebot für Lehrer auch auf Schüler und Eltern ausdehnen können. Hier gilt es aber auf jeden Fall, Doppelangebote – zum Beispiel zu der bereits erwähnten Jugendkarte, deren Nutznießer die Schüler sind, oder zu der bestehenden Einkaufs- und Verleihpraxis der Schulen selbst – zu vermeiden.

Ich bin gerne bereit, dieses Thema im zuständigen Ausschuss aufzugreifen. Wie immer bin ich auch sehr dankbar für jede Anregung, die helfen kann, unser Bildungswesen und die dort tätigen Akteure zu unterstützen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Braun, möchten Sie Stellung zur Antwort des Ministers nehmen?

HERR BRAUN (*aus dem Saal*): Ich möchte dem Minister für seine Antworten danken. Der Reflex des Ministers, automatisch zu überlegen, was das Ministerium machen kann, welche Personen dann dafür zuständig wären und mit welchem Aufwand das verbunden wäre, ist meines Erachtens ein ganz normaler Reflex in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Man könnte sich jedoch auch überlegen, ob nicht die Unternehmer selbst initiativ werden könnten, ob man das Ganze nicht ein wenig koordinieren und dann die

Unternehmer das Ganze selbst in die Hand nehmen lassen könnte, damit sich die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Anbieter einigen und selbst ein entsprechendes Angebot unterbreiten könnten.

Die Behandlung der Frage ist abgeschlossen.